

AUSGABE 7/2025**AKTUELLES**
aus dem**LANDTAG**
und der**LANDESPOLITIK**

- Kommunen brauchen mehr Freiheit in den Kitas
- Mehr Sicherheit durch moderne Videoüberwachung
- Kinderschutz neu denken
- Medizinstudienplätze konsequent ausbauen
- Niedersachsen darf im Förderdickicht nicht stecken bleiben
- Einsatz für unsere Landwirtschaft
- Immobilienanstalt NIA ist verfassungsrechtlich hochriskant
- Energiewende braucht Kurskorrektur
- Pressefreiheit ist kein Verhandlungsgegenstand
- Gesunde Zähne von Anfang an

**Dr. Frank Schmädeke MdL****LANDTAG**
NIEDERSACHSENMitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannoverkontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de



Liebe Leserinnen und Leser,

mit großen Schritten naht der Herbst! Die Sommerpause im Landtag ist vorüber und das niedersächsische Parlament hat seine Arbeit wieder aufgenommen.

Mit meinem Newsletter möchte ich Ihnen über das Septemberplenum des Landtages und die wichtigsten Themen der CDU-Fraktion berichten.

Im Mittelpunkt standen diesmal die frühkindliche Bildung, die innere Sicherheit, ein umfassender Kinderschutz, der entschlossene Ausbau unserer Energiewende-Infrastruktur sowie spürbare Entlastungen für Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit.

Wir haben uns für mehr Freiheit und Flexibilität in den Kitas eingesetzt, erleichterte Videoüberwachung mit moderner Technik gefordert und ein starkes Netz zum Schutz unserer Kinder angemahnt.

Ebenso drängen wir auf den Ausbau der Seehäfen, bessere Rahmenbedingungen für Biogas und Agri-Photovoltaik sowie eine Entbürokratisierung der Landwirtschaft.



Gesundes Aufwachsen- die Bildung und Gesundheit der Kinder in Niedersachsen liegt uns am Herzen

Mit Blick auf die Zukunft unseres Landes gilt es außerdem, Medizinstudienplätze auszubauen, zahnärztliche Vorsorge in Kitas verbindlich zu verankern und Förderpolitik transparenter und digitaler zu gestalten.

Darüber hinaus haben wir im Plenum deutlich gemacht, dass Niedersachsen eine Kurskorrektur in der Energiepolitik braucht, dass die umstrittene Immobilienanstalt NIA verfassungsrechtlich bedenklich ist, und dass Presse- und Meinungsfreiheit – gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – nicht verhandelbar sind.

Schließlich fordern wir Klarheit und Tempo beim Ausbau unserer Straßen und Autobahnen – reden allein reicht nicht, gebaut werden muss.



Auf einen Kaffee ins Büro der Landtagsvizepräsidentin Barbara Otte-Kinast

Mit dem Plenum kamen auch die ersten Besucher- Kollege Marcel Scharrelmann nahm die Gäste mit auf eine Tour durch den Abgeordnetenbereich und unsere Landtagsvizepräsidentin Barbara Otte-Kinast lud meinen Besuch zum Kaffee in ihr Büro- herzlichen Dank dafür! Und nun- viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Dr. Frank Schmädke



Kommunen brauchen mehr Freiheit in den Kitas

Förderregeln dürfen dabei kein Hindernis sein, sondern müssen Teil der Lösung werden. Die von der Landesregierung geschaffene Ausnahmeregelung ist viel zu bürokratisch und hilft den Kommunen nicht flächendeckend weiter.

Im Landtag hat Anna Bauseneick dieses Thema in ihrer Rede eindrucksvoll aufgezeigt und deutlich gemacht, dass die Kommunen **echten Handlungsspielraum brauchen, um altersgerecht, flexibel und zuverlässig für gute frühkindliche Bildung** sorgen zu können.

Mein Fazit ist klar: Wir brauchen mehr Freiheit für die Kommunen – und weniger Bürokratie. Was wir ganz bestimmt nicht brauchen, ist ein bürokratisches Glücksspiel.

Anna Bauseneick MdL

(Mitglied der CDU-Landtagsfraktion,
stellv. Vorsitzende des Kultusausschusses)



Mehr Sicherheit durch moderne Videoüberwachung



Entscheidend ist, dass Videoüberwachung insgesamt einfacher möglich wird – und dass wir moderne Technik wie Künstliche Intelligenz zur Auswertung nutzen dürfen. Unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner hat im Landtag klargestellt:

Der Entwurf der Landesregierung für ein neues Polizeigesetz setzt die Hürden so hoch, dass sich praktisch nichts ändern wird. Das ist ein falsches Signal.

Mein Fazit:

Wer die Ausweitung der Videoüberwachung blockiert, wird seiner Verantwortung für die Sicherheit im Land nicht gerecht.

Die Menschen in Niedersachsen erwarten zu Recht, dass wir für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen.

Während die Bahn ihre Bahnhöfe Schritt für Schritt mit Kameras ausstattet, greift die Diskussion der SPD zu kurz:

Kinderschutz ist für mich keine Option, sondern eine Pflicht.

Die steigenden Fallzahlen von Kindesmissbrauch zeigen deutlich, dass wir handeln müssen.

Mein Kollege Eike Holsten hat im Landtag ein starkes Konzept vorgestellt: mehr Kinderschutzzentren, verbindliche Schutzkonzepte an Schulen, stärkere Frühe Hilfen und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz

**Kinderschutz neu denken –
Sicherheit der Kleinsten
an erste Stelle setzen**



Kinderschutz neu denken – Die Sicherheit der Kleinsten an erste Stelle setzen

– auch mit moderner Technik wie Künstlicher Intelligenz.

Besonders wichtig ist ein enger Austausch zwischen Jugendämtern, Schulen, Polizei und Medizin. Nur wenn Informationen schnell und zuverlässig fließen, können Kinder wirksam geschützt werden.

Mein Fazit: Kinderschutz muss strukturell gesichert und in allen Lebensbereichen fest verankert sein – nur so schaffen wir ein sicheres Niedersachsen für unsere Kinder.

Die Gesundheitsversorgung in Niedersachsen steht unter massivem Druck:

Rund 550 Hausarztsitze sind unbesetzt, ein Drittel unserer Ärztinnen und Ärzte ist älter als 55 Jahre, und schon heute fehlen an vielen Kliniken Fachkräfte.

Besonders alarmierend ist, dass Niedersachsen laut einer aktuellen Studie bundesweit Schlusslicht bei Medizinstudienplätzen ist.



**Sofortiger Ausbau der
Medizinstudienplätze –
besonders für den ländlichen Raum**

Medizinstudienplätze konsequent ausbauen – Niedersachsen darf kein Schlusslicht bleiben

Meine Kollegin Cindy Lutz hat im Landtag klargemacht:

Jeder zusätzliche Studienplatz ist ein direkter Beitrag zur Versorgung. Deshalb fordern wir 200 neue Plätze, eine Task Force „Medizinstudienplätze Niedersachsen“ und den Ausbau der Allgemeinmedizin – auch mit Blick auf die geplante Fakultät in Osnabrück.

Mein Fazit: Ein Medizinstudienplatz ist teuer, doch der Preis für fehlende Ärztinnen und Ärzte ist ungleich höher. Niedersachsen muss jetzt handeln.

Viele Kommunen, Vereine und Unternehmen berichten mir, wie kompliziert und unübersichtlich das Fördersystem in Niedersachsen ist. Verfahren dauern zu lange, Programme sind kaum durchschaubar, und ob eine Förderung gewährt wird, hängt oft mehr vom Durchhaltevermögen im Papierkrieg als von der Qualität der Idee ab.

Meine Kollegin Melanie Reinecke hat im Landtag gefordert, endlich Transparenz und Digitalisierung zu schaffen: mit einem zentralen

Niedersachsen darf im Förderdickicht nicht stecken bleiben

Förderportal, einheitlichen Richtlinien und einer klaren Wirkungskontrolle. Niedersachsen darf hier nicht länger hinter anderen Bundesländern zurückfallen.

Mein Fazit: Eine moderne Förderpolitik muss klar, digital und wirksam sein – damit gute Ideen auch tatsächlich eine Chance haben.

Drei wichtige landwirtschaftliche Themen standen für uns im September auf der Tagesordnung:

Biogas ist unverzichtbar für Klimaschutz und Landwirtschaft

Biogasanlagen sind ein zentraler Baustein für Klimaschutz, Energiewende und Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Doch gerade der Einsatz von Wirtschaftsdüngern wird durch unnötige Bürokratie ausgebremst.

Mein Kollege, unser Agrarpolitischer Sprecher Dr. Marco Mohrmann hat im Landtag deutlich gemacht, dass wir praxistaugliche Rahmenbedingungen brauchen – von einfacheren Genehmigungen bis zu mehr Flexibilität bei der Lagerung von Gärsubstraten.

Es ist nicht hinnehmbar, dass SPD und Grüne hier nur vage und praxisferne Vorschläge machen. Wir brauchen klare Vereinfachungen, damit Landwirte, Umwelt und Energie gleichermaßen profitieren.

Mein Fazit: Niedersachsen muss beim Einsatz von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen vorangehen – im Interesse unserer Landwirte und des Klimaschutzes.

Agri-Photovoltaik als Schlüssel für Energiewende und Landwirtschaft

Wir dürfen die Energiewende nicht gegen die Landwirtschaft ausspielen. Mit Agri-Photovoltaik lassen sich sichere Lebensmittelproduktion und klimafreundlicher Strom verbinden.

Mein Kollege Uwe Dorendorf hat im Landtag betont, dass Niedersachsen diese innovative Technologie gezielt fördern muss. Bis 2035 sollen allein 15 Gigawatt Solarstrom auf Freiflächen entstehen – das entspricht fast 19.000 Hektar landwirtschaftlicher

Fläche. Agri-Photovoltaik kann Zielkonflikte lösen. Wir brauchen Forschungs- und Pilotprojekte, den Abbau rechtlicher Hürden und eine bessere Unterstützung der Betriebe.

Mein Fazit: Agri-Photovoltaik darf kein Nischenprojekt bleiben – sie muss ein fester Baustein der Energiewende in Niedersachsen werden.

Landwirtschaft entlasten – Bürokratie abbauen

Die Landwirtschaft ist ein zentraler Pfeiler unserer Gesellschaft, doch die bürokratischen Lasten lähmen die Betriebe zunehmend.

Meine Kollegin Katharina Jensen hat im Landtag einen Antrag zur Entbürokratisierung eingebracht:

überflüssige Meldepflichten streichen, mehr Flexibilität im Düngerecht schaffen und praxistaugliche Lösungen im Grünland- und Vogelschutz erreichen.

Andere Bundesländer zeigen längst, dass es praktikablere Lösungen gibt. Während in Hessen Gülle bei Frost ausgebracht werden darf, ist dies in Niedersachsen strikt verboten – obwohl die landwirtschaftliche Praxis zeigt, dass dies unter klaren Rahmenbedingungen umweltverträglich möglich wäre. Solche Widersprüche sind für die Betriebe nicht vermittelbar und nehmen ihnen die notwendige Flexibilität im Alltag.

Mein Fazit: Unsere Bäuerinnen und Bauern sollen ihre Zukunft auf dem Feld, im Stall und im Hofladen gestalten können – nicht in Aktenordnern und Formularen. Damit junge Menschen die Höfe übernehmen und die Landwirtschaft in Niedersachsen eine Zukunft hat, müssen wir Bürokratie abbauen und Planungssicherheit schaffen. Genau dafür setzen wir uns ein.





Immobilienanstalt NIA ist verfassungsrechtlich hochriskant

Immobilienanstalt NIA ist verfassungsrechtlich hochriskant

Rot-Grün will mit der neuen Immobilienanstalt NIA das staatliche Baumanagement auslagern – doch selbst Sachverständige sehen darin ein Instrument zur Umgehung der Schuldenbremse.

Schon jetzt musste die Abstimmung verschoben werden, weil erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Mein Kollege Ulf Thiele hat im Landtag gefordert, den Ge-

setzentwurf zurückzuziehen und stattdessen eine echte Reform des staatlichen Baumanagements innerhalb der Schuldenbremse anzugehen.

Mein Fazit: Wir brauchen solide und rechtssichere Lösungen – keine wackeligen Konstruktionen, die später vor Gericht scheitern.

Energiewende braucht Kurskorrektur

Der aktuelle Monitoringbericht des Bundes zeigt sehr deutlich: Zwischen den energiepolitischen Vorstellungen der Landesregierung und den tatsächlichen Erfordernissen klappt eine große Lücke.

Pauschale Ablehnungen von CCS, die Unterschätzung fossiler Energieträger für die Grundlast oder starre Flächenvorgaben für Windkraft bringen uns nicht weiter.

Meine Kollegin Verena Kämmerling hat im Landtag betont, dass wir Realismus und Planungssicherheit brauchen – für Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz gleichermaßen.

Mein Fazit: Die Energiewende ist wichtig, aber sie muss tragfähig bleiben. Niedersachsen braucht endlich eine Kurskorrektur hin zu Vernunft und Versorgungssicherheit.



Energiewende braucht Kurskorrektur

Pressefreiheit ist kein Verhandlungsgegenstand

Mit Sorge verfolge ich die Angriffe auf die Redaktion und Moderatorin des ARD-Formats Klar.

Presse- und Meinungsfreiheit gelten auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.



Pressefreiheit ist kein Verhandlungsgegenstand

Formate, die kontrovers diskutierte Themen aufgreifen und gesellschaftliche Debatten anstoßen, stärken die Glaubwürdigkeit unserer Medien.

Mein Kollege Jens Nacke hat im Landtag unmissverständlich klargemacht: Der NDR ist der Meinungsvielfalt verpflichtet – und genau diese Vielfalt muss geschützt werden.

Mein Fazit: Pressefreiheit ist nicht verhandelbar. Sie ist Grundlage unserer Demokratie – auch und gerade im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Gesunde Zähne von Anfang an – Vorsorge in Kitas verpflichtend machen



Das Thema Zahngesundheit bei Kindern beschäftigt uns nicht nur im Landtag, sondern auch hier im Landkreis. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses hat das Gesundheitsamt ein Konzept vorgestellt, um die zahnärztliche Versorgung von Kindern vor Ort zu verbessern. Der Handlungsbedarf ist groß:

Bundesweite und niedersächsische Studien zeigen, dass fast jedes zweite Kind im Vorschulalter Karies hat. Besonders alarmierend: Laut der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnspflege haben elf von 25 Kindern in Niedersachsen am Ende der Kita-Zeit bereits stark geschädigte Zähne. Zahnkrankheiten gehören damit zu den häufigsten chronischen Erkrankungen im Kindesalter.

Anna Bauseneick hat im Landtag unmissverständlich klargemacht: „**Gesunde Zähne sind keine Nebensache – sie sind Voraussetzung für Entwicklung, Sprache, Ernährung und Selbstbewusstsein unserer Kinder.**“

Sie fordert, die zahnärztliche Vorsorge nach § 21 SGB V im Kita-Gesetz verpflichtend zu verankern. Denn gerade die Kinder, die am dringendsten Unterstützung brauchen, fallen bislang durchs Raster – oft nur, weil keine Einwilligung der Eltern zur Gruppenprophylaxe vorliegt.

Mit einer verpflichtenden Vorsorgeuntersu-

chung erreichen wir alle Kinder – unabhängig vom Elternhaus. Gleichzeitig soll es ein klares Widerspruchsverfahren für Eltern geben, die nicht teilnehmen möchten. Das schafft Rechtssicherheit, entlastet die Kitas und sorgt dafür, dass Prävention dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

Frühe zahnärztliche Untersuchungen senken das Risiko schwerer Zahnschäden erheblich, beugen Sprach- und Entwicklungsstörungen vor und entlasten langfristig auch das Gesundheitssystem.

Schon eine kleine Verbesserung der Zahngesundheit im Vorschulalter wirkt sich über viele Jahre hinweg positiv aus.

Mein Fazit: Zahnvorsorge in Kitas legt den Grundstein für gesunde Zähne ein Leben lang. Sie ist Kinderschutz, Prävention und Chancengerechtigkeit zugleich – und darum für mich ein besonders wichtiges Thema.

Im Oktober tagt der Niedersächsische Landtag vom 8. bis zum 10.10.

Ich freue mich, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen und dem Besuchsdienst Gruppen zu begrüßen und



durch das Haus zu führen. Wenn Sie Interesse an einem Besuch im Landtag haben, dann schreiben Sie eine Mail an mein Wahlkreisbüro:

Kontakt@frank-schmaedeke.de



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de

V.i.S.d.P.
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichweg 9
31022 Heensen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke
Cemra